nr. 2 – april 2015

ecke turmstraße

Seite 3+4: Neuwahl der Stadtteilvertretung Seite 7: Immobilienmarkt spielt verrückt
Seite 9: Mehrheit für Tram auf der Turmstraße Seite 11: »Ortstermin« gerettet

Ch. Eckelt

Zeitung für das »Aktive Zentrum« und Sanierungsgebiet Turmstraße. Erscheint achtmal im Jahr kostenlos.
Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung

Bilderrätsel: Gewinner gesucht!

Thomas Bausch

Welche Ecke?

Wo wurde dieses Foto aufgenommen? Wer weiß, wo sich dieser Ort genau befindet, schicke die Lösung bitte mit genauer Absenderadresse an die Redaktion: Ecke Turmstraße c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, oder per Mail an ecketurm@gmx.net. Unter den Einsendern verlosen wir einen 20-Euro-Büchergutschein der Dorotheenstädtischen Buchhandlung. Einsendeschluss ist Dienstag, der 21. April. Unsere letzte Rätselecke zeigte den Blechpapagei in der Unionstraße / Ecke Bremer Straße. Gewinner ist Michael Schön. Herzlichen Glückwunsch! Der Büchergutschein wird Ihnen per Post zugesandt.

Rente mit 65?

Nicht bei Marianne Graff.

Zum Titelbild: Nach dem Sommerfest 2014 der Turmstraße rund um das Rathaus wurde abends noch lange und beschwingt in Marianne Graffs »Frisör-Saloon« geschwooft – und es gab guten Grund dafür: gefeiert wurde das 35-jährige Bestehen des »Saloons«.
Jetzt gibt es neuen Grund zu feiern: Am 1. April wird Marianne Graff, die das Geschäft 1979 in der Bremer Straße gründete, 65 Jahre alt – und geht keineswegs in Rente. Die vitale, lebenslustige Frau, die im Kiez fast jeden kennt und die – samt Hündchen Lily – umgekehrt fast jeder hier kennt, denkt noch lange nicht ans Aufhören, dazu macht ihr ihre Arbeit viel zu viel Spaß: Frisieren war schon ihre Leidenschaft, als sie noch klein war. Bekannt ist sie auch für ihr Engagement im Kiez, beispielsweise bei Aktionen der Gewerbetreibenden, für ihre phantasievollen Ladendekorationen und für ihre flotten Line-Dance-Auftritte bei Kiezfesten. Tanzen und Berufsleidenschaft halten offenbar sehr jung.
Herzlichen Glückwunsch, Marianne!

Moakiek

Erstes Moabiter Kinder- und Jugendfilmfestival

Der Verein »Frecher Spatz e.V.« und die Filmwissenschaftlerin Nathalie Dimmer veranstalten in diesem Jahr erstmals ein Festival, bei dem Kinder und Jugendliche ihre eigenen Film- und Videoarbeiten zeigen können. Begleitet werden sie von erfahrenen Filmleuten. Ab Mitte Mai finden regelmäßige Workshops im Schülerladen K3 (Kirchstraße 4) statt. Beim Festival Ende November/Anfang Dezember wird dann eine Auswahl an Filmen präsentiert, in mehreren Kategorien werden Gewinner prämiert. Das Pilotprojekt wird mit Fördermitteln »Berliner Projektfonds – Kulturelle Bildung« realisiert. Die Initiatoren suchen noch fachkompetente Unterstützung: Am 20. April findet um 16.30 Uhr im Schülerladen K3 (Kirchstraße 4) ein Infotreffen statt.

Kontakt: Nathalie Dimmer, c/o Frecher Spatz e.V., Kirchstraße 4, Telefon 0160-97 50 53 37 www.moakiek.de, Mail: festival@moakiek.de, facebook.com/Moakiek

Termine

Plenum der Stadtteilvertretung

Nächste reguläre öffentliches Treffen der Stadtteilvertretung Turmstraße: Montag, 27. April, 19–22 Uhr und Mo, 25. Mai, 19–22 Uhr, Rathaus Tiergarten, Mathilde-Jacob-Platz 1, Balkonsaal. Mehr Infos zur Stadtteilvertretung unter: www.stv-turmstrasse.de

Nächstes gemeinsames Frühstück der Gewerbetreibenden

28. April, 8 Uhr morgens, Ort noch nicht bekannt, kann beim Geschäftsstraßenmanagement Turmstraße erfragt werden: Telefon 37 59 27 21 bzw. unter mail: gsm@die-raumplaner.de

Angebote im Nachbarschaftstreff

Stadtschloss Moabit, Rostocker Straße 32:
– Kostenfreie Sozialberatung, allgemein, donnerstags 16–18 Uhr – Kostenfreie Sozialberatung »Grundsicherung/Wohnen im Alter« (durch den Allgemeinen Sozialdienst des Bezirks Mitte), donnerstags 12–14 Uhr
– Kostenfreie Rechtsberatung allgemein (auch in türkischer Sprache möglich) jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat, 16–17 Uhr
Weitere Infos unter 39 08 12 17

Redaktionsschluss

der nächsten Ausgabe »ecke turmstraße«: Dienstag, 21. April.

Sämtliche Ausgaben der »ecke turmstraße« sind als PDF archiviert und abrufbar unter: www.turmstrasse.de/oeffentlichkeitsarbeit/stadtteilzeitung.html

Impressum

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Abteilung Stadtentwicklung
Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich
Redaktionsadresse:
»Ecke Turmstraße«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin
Tel (030) 283 31 27, ecketurm@gmx.net
Fotos: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de
Entwurf und Gestaltung:
capa, Anke Fesel, www.capadesign.de
Druck: Henke Druck, info@henkepressedruck.de
V.i.S.d.P.: Ulrike Steglich
Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.
Online-Archiv der Zeitung abrufbar unter:
www.turmstrasse.de

Warum eine Stadtteilvertretung?

Eine Informationsveranstaltung im Vorfeld der anstehenden Neuwahl

Seit 2010 ist das Gebiet rund um die Turmstraße Sanierungsgebiet und »Aktives Zentrum«. Das bedeutet, dass auch in den nächsten Jahren etliche Fördermittel insbesondere in den öffentlichen Raum investiert werden: Es geht um Grün- und Freiflächen, die Erneuerung von Spielplätzen und Straßen, die Sanierung von Kitas und Schulen, die Stärkung der Geschäftsstraßen, die Unterstützung für ansässige Gewerbetreibende sowie soziale und kulturelle Einrichtungen, um Verkehrsplanung.
Gefragt sind dabei insbesondere die Meinung und die Teilhabe der Bürger. Deshalb werden in den Sanierungsgebieten und »Aktiven Zentren« Stadtteilvertretungen gewählt, die die Interessen unterschiedlichster Bevölkerungsgruppen vertreten sollen. Die nächste Wahl zu einer neuen Moabiter Stadtteilvertretung findet am 28. Mai statt, Kandidaten sollen sich bis 19. April bewerben (siehe rechts).
Im Vorfeld fand im März eine Informationsveranstaltung statt: Sanierungsbeteiligte wie das Bezirksamt, das Koordinationsbüro und das Geschäftsstraßenmanagement informierten über ihre Aufgabenfelder, aktuelle Projekte und die langfristigen Ziele im Gebiet sowie über die Möglichkeiten der Mitwirkung der Stadtteilvertretung. Michael Rannenberg, Pfarrer der Heilandsgemeinde a. D., berichtete im Namen der Stadtteilvertreter kritisch und auch selbstkritisch über die bisherige Arbeit der StV und ihrer Arbeitsgruppen, über Konflikte, Misserfolge und Erfolge der letzten zwei Jahre. Bürgerbeteiligung, so sein Resümee, sei manchmal anstrengend und mühevoll, nicht nur wegen »denen da oben«, sondern »auch unseretwegen« – die bisherige StV sei überaus »streitlustig« gewesen. Eine dezente Umschreibung für die bekannten (und nicht immer konstruktiven) Auseinandersetzungen innerhalb der StV und nach außen.
Die anstehenden Themen in Moabit sind aktuell die Verkehrsentwicklung inklusive Straßenbahnplanung, das Wohnen (künftiger Milieuschutz für Mieter und Neubaupotenziale), die Entwicklung des Schultheiss-Areals, die Zukunft des Geländes der Jugendverkehrsschule, die Entwicklung sozialer Infrastruktur, ein Neuordnungskonzept für das Kultur- und Bildungszentrum Turmstraße 75.
Etwa 60 Bürger waren erschienen, die zahlreiche Fragen stellten. Eine der wichtigsten war: Welche Mitbestimmungsmöglichkeiten hat eine Stadtteilvertretung überhaupt? Darauf antwortete Andreas Wilke vom Büro KoSP (das die Prozesse im Gebiet moderiert): Eine Stadtteilvertretung ist juristisch kein parlamentarisches Entscheidungsgremium wie etwa die gewählte Bezirksverordnetenversammlung (BVV), sondern arbeitet beratend und gibt Empfehlungen. Aber sie hat die Möglichkeit, von Verwaltung und Politik Informationen einzufordern und Meinungsbilder der Bürger zu transportieren. Um Ziele zu erreichen, sei die Kooperation und Kommunikation mit Verwaltung und Politik entscheidend. Und da habe es in den letzten Jahren durchaus etliche gemeinsame Erfolge gegeben. Nur – manchmal würde man die gemeinsamen Erfolge gar nicht recht registrieren, weil man sich im Ziel einig gewesen sei … Ein »pseudodemokratisches Feigenblatt« (wie manche behaupten) ist eine Stadtteilvertretung jedenfalls nicht – wenn man die Möglichkeiten erkennt und nutzt. *us*

Ch. Eckelt

Aufruf

Neuwahl der Stadtteilvertretung Turmstraße – beteiligen Sie sich!

Ihr Bürger-Engagement ist gefragt! Am 28. Mai wird eine neue Stadtteilvertretung (StV) für das »Aktive Zentrum« und Sanierungsgebiet Turmstraße gewählt.
Die Bürger kennen ihren Kiez und die Probleme vor Ort am besten. Deshalb werden in den Fördergebieten »Aktive Zentren« und den Sanierungsgebieten Bürgervertretungen gewählt, die die Interessen von Anwohnern, Gewerbetreibenden, hier Arbeitenden, aktiven Initiativen sowie Eigentümern und Pächtern im Gebiet vertreten sollen. Zugleich ist die StV Ansprechpartner und Informationsvermittler zwischen Bürgern und Verwaltung. Mitglieder der StV erarbeiten Positionen zu bestimmten Gebietsthemen und bringen sie in die Diskussion ein.
Die StV ist ehrenamtlich tätig. Wünschenswert ist, dass die Stadtteilvertretung einen möglichst breiten Querschnitt der Gebietsbevölkerung repräsentiert und vertritt!
Die StV wird auf der öffentlichen Versammlung am 28. Mai von Moabiter Bürgern gewählt und wählt danach ihrerseits Sprecher, die an wichtigen Informationsrunden mit den Sanierungsbeteiligten wie Bezirksverwaltung, Sanierungsbeauftragtem, Senatsverwaltung und Geschäftsstraßenmanagement teilnehmen.
Die neue StV Turmstraße wird für die Dauer von zwei bis drei Jahren gewählt, mindestens 30 Kandidaten sollten sich vorab melden. Das Wahl-Einzugsgebiet sehen Sie auf der Rückseite dieser Zeitung im Plan. Alle, die in diesem Gebiet wohnen, arbeiten, Pächter oder Eigentümer oder Gewerbetreibende oder in Initiativen aktiv sind, können kandidieren.
KandidatInnen können sich mit dem in dieser Zeitung abgedruckten Formular (S. 4) schriftlich anmelden – oder auch online (Web-Adressen siehe unten). Bewerbungsschluss ist der 19. April. Anfang Mai erscheint eine Sonderausgabe der »Ecke Turmstraße« zur Wahl. *us*

Wahl der StV am Do, 28. Mai, 19 Uhr, Heilandskirche, Thusnelda-Allee
Mehr Informationen gibt es dazu auch auf folgenden Websites:
www.turmstrasse.de und www.stv-turmstrasse.de
Bewerben kann man sich auch online:
www.turmstrasse.de/aktuelles/aktuelles.html
Hier kann man den Kandidatenbogen digital ausfüllen und direkt an die AG Wahl der amtierenden Stadtteilvertretung senden, an folgende Mailadresse: ag-wahlen-2015@stv-turmstrasse.de

Wer sich als Kandidat für die neue Stadtteilvertretung zur Wahl stellen möchte, sollte diesen Bewerbungsbogen bis zum 19. April an die Stadtteilvertretung schicken. Wer möchte, dass seine Bewerbung auch in der Sonderausgabe der »ecke turmstraße« zur STV-Wahl veröffentlicht wird, um vor der Wahl über sich zu informieren, sollte darauf achten, dass möglichst bei den schriftlichen Angaben 400 Zeichen nicht überschritten werden!

Machen Sie mit.
Gestalten Sie mit.

STADTTEIL VERTRETUNG TURMSTRASSE

Kandidatur zur Stadtteilvertretung Turmstraße

Foto
(freiwillig)

Name: _____
Anschrift: _____
Telefon*: _____
E-Mail*: _____

Tätigkeit: _____
Alter**: _____

* Nur für interne Verwendung **Angabe freiwillig

Ich kandidiere für die Wahl zur Stadtteilvertretung Turmstraße.

Mein Bezug zum Gebiet des Aktiven Zentrums und des Sanierungsgebiets Turmstraße ist:

☐ Ich wohne im Gebiet
☐ Ich habe ein Geschäft im Gebiet
☐ Ich arbeite im Gebiet (auch ehrenamtlich)
☐ Sonstiges:

Ich möchte mich besonders engagieren für:
(Bitte in Stichworten z.B. Verkehrsplanung, Umfeldgestaltung, lokale Ökonomie, ...)

Ich bin mit der Veröffentlichung meiner Bewerbung (ohne Adress- und Kontaktdaten) einverstanden, um die Kandidatur öffentlich bekannt zu machen:

Auf der Homepage der StV (stv-turmstrasse.de): ☐ Ja ☐ Nein (Zutreffendes ankreuzen)
In der Wahl-Sonderausgabe der „ecke Turmstraße“: ☐ Ja ☐ Nein (Zutreffendes ankreuzen)

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte bis zum **19. April 2015** per Post schicken an oder einwerfen bei: Stadtteilvertretung Turmstraße, Arminiusstraße 2-4 (Briefkasten Eingang Ecke Bremer Straße), 10551 Berlin oder per E-Mail an *ag-wahlen-2015@stv-turmstrasse.de* senden.
Den Kandidatenbogen zur Wahl finden Sie auf www.stv-turmstrasse.de und www.turmstrasse.de zum Download.

Welchen Wohnungsneubau braucht Berlin?

Stadtforum Berlin am 15. April 2015

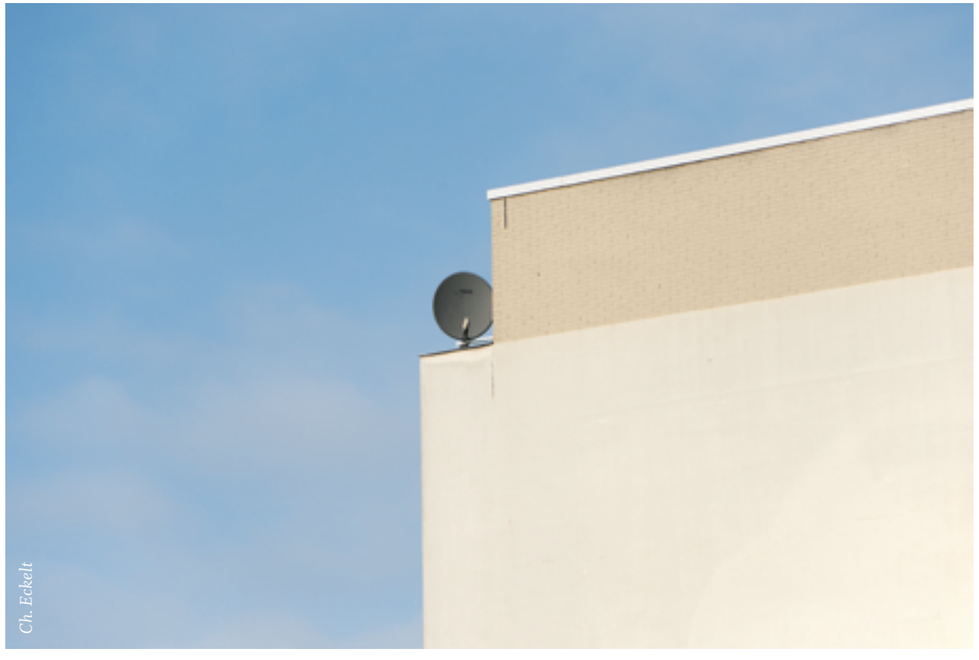
Immer mehr Menschen ziehen in die Großstädte, auch und vor allem nach Berlin. Doch die damit verbundenen kommunalen Aufgaben wurden in den letzten 20 Jahren im Zuge »freier Märkte«, Privatisierungen und vermeintlicher Liberalisierungen stark vernachlässigt: Berlin braucht mehr Wohnraum, und zwar nicht nur teure Eigentumswohnungen, sondern vor allem bezahlbare und auch Sozialwohnungen, mehr soziale Infrastruktur, moderne Mobilitätsangebote und auch eine Neuordnung von Grün- und Freiräumen. Berlin ist eine der grünsten und am wenigsten verdichteten Metropolen der Welt.
Doch der Wohnungsmarkt ist angespannt. Erschwingliche Wohnungen sind knapp, auch in der äußeren Stadt steigen die Preise und die Nachfrage, die Verkaufspreise für bebaute und unbebaute Grundstücke gehen in ganz Berlin geradezu durch die Decke (siehe auch S. 7). Doch gleichzeitig mehren sich Proteste, wenn sich in unmittelbarer Nachbarschaft durch notwendigen Wohnungsneubau Veränderungen ankündigen. Bezahlbarer Neubau – unbedingt! Aber nicht in meiner Nähe! Diese Haltung ist derzeit oft zu spüren, doch müssen Grün- und Freiräume und Wohnungsneubau wirklich ein Gegensatz sein?
Solche Themen werden in der Stadt kontrovers diskutiert. Mit der »BerlinStrategie Stadtentwicklungskonzept Berlin 2030« des Senats liegt inzwischen ein »Leitbild für die wachsende Stadt« vor, das seit zwei Jahren auf dem öffentlichen »Stadtforum Berlin« diskutiert wird. Das »Stadtforum« (Anfang der 1990er als öffentliches Debattenforum installiert und Ende der 1990er Jahre durch den SPD-Senator Strieder und den damaligen Senatsbaudirektor Stimmann geradezu abgewürgt), wurde vom ehemaligen Stadtentwicklungssenator und jetzigen Bürgermeister Michael Müller in den letzten Jahren wiederbelebt.
Der neue Senator für Stadtentwicklung und Umwelt, Andreas Geisel, will den öffentlichen Diskurs fortführen und gesamtstädtische Themen debattieren. Das nächste Stadtforum Berlin bietet dazu eine öffentliche Plattform: am 15. April geht es um das Thema »Welchen Wohnungsneubau braucht Berlin?«

Ziel des Stadtforums ist es, der Berliner Neubaudebatte Impulse zu geben. Wie und wo wollen wir wohnen, welche Formen des Wohnungsneubaus braucht Berlin? Wie muss sich die stadtgesellschaftliche Haltung zum Wohnungsneubau in einer wachsenden Metropole weiterentwickeln, wie kann man immobilienwirtschaftliches Handeln mit gemeinwohlorientierten Zielen in Einklang bringen?
Die zentrale Frage der Debatte ist: »Wohnen im Wandel: Sind wir zu Veränderungen in der Nachbarschaft bereit?« Es diskutieren: die Berlinerinnen und Berliner, Stadtpolitiker, Wissenschaftler, Immobilienwirtschaftler, städtische Initiativen. *us*

Unter www.berlin.de/stadtforum kann man sich bereits jetzt in die Debatte einbringen. Hier sind auch die genauen Informationen zum Programm am 15. April erhältlich.
Die Teilnahme am Stadtforum ist kostenlos. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt.

Mittwoch, 15. April, 18–20.30 Uhr Ort: Tempodrom, Kleine Arena, Möckernstraße 10, 10963 Berlin

Bildecke



Ch. Eckelt

Ohne Förderung nur Notbetrieb

Tag der Städtebauförderung am 9. Mai

Keine Bänke und kein Wasserspiel auf dem neuen Leopoldplatz, kein Bibliotheksneubau an der Müllerstraße. Kein neugestalteter Ottopark mit Spielplätzen in Moabit, kein Stadtgarten Moabit, kein SportPark Poststadion. – Ohne Städtebaufördermittel ginge in vielen Kommunen, angesichts der äußerst knappen regulären Haushalte, eigentlich nur noch das Allernotwendigste: gesetzliche Pflichtaufgaben wie die Auszahlung von Wohngeld, die Erhaltung kommunalen Schulbetriebs und öffentlicher Einrichtungen. Die Berliner Bezirke sind besonders überlastet: Die Kosten der Wiedervereinigung und Hauptstadtplanung, der Berliner Bankenskandal, der Schuldenberg, die wachsenden Sozialausgaben angesichts galoppierender Arbeitslosigkeit bekamen vor allem die Berliner Bezirke zu spüren.

Insbesondere Großstädte sind im steten Wandel und müssen darauf reagieren. Hätten Bund, Länder und EU nicht diverse Förderprogramme für Städte und Gemeinden aufgelegt, wären viele Investitionsvorhaben zur Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur nur Träume geblieben: umfassendere Kita- und Schulsanierungen, Verkehrsberuhigungsmaßnahmen, die Erneuerung von Grün- und Freiflächen, die Unterstützung von Geschäftsstraßen oder auch sozialer Projekte.

Die Förderprogramme heißen u.a. »Soziale Stadt«, »Stadtumbau (Ost und West)«, »Aktive Zentren« oder »Städtebaulicher Denkmalschutz«. Um diese Förderungen in Anspruch nehmen zu können, melden Gemeinden wie die Berliner Bezirke für besonders bedürftige Quartiere Finanzierungsbedarf an. Dann entscheiden Land und Bund, welche Gebiete wie und mit welchen Summen gefördert werden. Berlin hat derzeit insgesamt 64 Fördergebiete, in denen ca. eine Million Menschen leben. Das sind u.a. 34 Gebiete im Programm »Soziale Stadt« (Quartiersmanagementgebiete, acht befinden sich im Bezirk Mitte), acht Gebiete im Städtebaulichen Denkmalschutz (darunter auch die Nördliche Luisenstadt), 15 Gebiete des »Stadtumbau (West und Ost)«, sechs »Aktive Zentren« (darunter die Moabiter Turmstraße und die Müllerstraße im Wedding).

Ch. Eckelt

Für die Städtebauförderung werden allein in Berlin im Jahr 2015 insgesamt mehr als 107 Millionen Euro inklusive der Mittel des Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) bereitgestellt. Davon steuert das Land Berlin rund 66 Millionen Euro bei. Eine wichtige Rolle bei der Städtebauförderung hat die Beteiligung der Bewohner, die bei Neugestaltungsmaßnahmen einbezogen werden.

Um die Bürger besser über die Projekte zu informieren, findet am 9. Mai zum ersten Mal der ab sofort jährlich geplante bundesweite »Tag der Städtebauförderung« statt. Damit sollen kommunale Projekte der Städtebauförderung der Öffentlichkeit präsentiert werden, um zu zeigen, wofür die Mittel eingesetzt werden und wie die Bürgerbeteiligung gestärkt werden soll. Der Aktionstag ist eine gemeinsame Initiative von Bund, Ländern, Deutschem Städtetag sowie Deutschem Städte- und Gemeindebund.

Auch der Bezirk Mitte beteiligt sich mit vielfältigen öffentlichen Aktivitäten: So wird am 9. Mai um 11 Uhr in Moabit der historische Senkgarten samt Wasserspiel als Teil eines weiteren Bauabschnitts im neugestalteten Kleinen Tiergarten an der Turm-/Ecke Stromstraße feierlich eingeweiht, außerdem gibt es Führungen durch das Gartendenkmal. Der Kleine Tiergarten gehört zu den Förderprojekten im »Aktiven Zentrum Turmstraße«, eines von mehreren Fördergebieten im Bezirk Mitte. Außerdem stellen eine Initiative von Gewerbetreibenden der Turmstraße und das Geschäftsstraßenmanagement ihre Aktivitäten öffentlich vor: ab 11 Uhr verteilen sie an einem Stand neben dem »Café am Park« (Stromstraße) kleine Frühlingsüberraschungen und geben über die geplanten Aktionen in diesem Jahr Auskunft.

Im Wedding stehen am 9. Mai die Neugestaltung des Rathausvorplatzes mit erstem Spatenstich, der Neubau der Schiller-Bibliothek sowie der Umbau des Zeppelinplatzes im Mittelpunkt. Neben der Vorstellung konkreter Fördervorhaben soll vor allem das Engagement von Bürgern – wie in der Stadtteilvertretung mensch.müller oder der Bürgerinitiative Brüsseler Kiez – gewürdigt werden.
In der Nördlichen Luisenstadt wiederum, dem Sanierungsgebiet an der Grenze zu Kreuzberg, fließen vor allem Fördermittel aus dem Programm Städtebaulicher Denkmalschutz in öffentliche Vorhaben. Eines der wichtigsten davon ist die langfristige Gestaltung eines öffentlichen Uferwegs. Dazu fanden bereits mehrere Veranstaltungen statt. Für den 9. Mai ist ein öffentlicher Workshop zur Spreeufergestaltung geplant.
Ort und Zeit standen bei Redaktionsschluss noch nicht fest, werden aber auf der Website www.luisenstadt-mitte.de veröffentlicht.

Auch die Quartiersmanagement- und die Stadtumbaugebiete im Bezirk Mitte organisieren zahlreiche interessante Veranstaltungen. Der Bezirk lässt dazu mehrere Informationsblätter erarbeiten, die über die einzelnen Gebiete und Projekte informieren werden. *us*

Das gesamte Veranstaltungsprogramm für den 9. Mai wird auch auf dieser Website veröffentlicht:
www.tag-der-staedtebaufoerderung.de

Auch der Moabiter Ottopark wurde aus Städtebauförderungsmitteln neu gestaltet.

Ch. Eckelt

Immobilienmarkt außer Rand und Band

In den »Randlagen« des Bezirks Mitte steigen die Angebotsmieten rasant

Die »Mietenbremse« kommt für den Bezirk Mitte garantiert nicht zu früh. Denn hier stiegen die bei Neuvermietung geforderten Mietbeträge auch im vergangenen Jahr besonders stark – wenn auch nicht überall. Gleichzeitig explodierten die Grundstückspreise in Berlin: die Bodenwerte stiegen innerhalb eines Jahres um rund ein Drittel. Dennoch machten die Makler keine Rekordgewinne.

Im Februar oder März jedes Jahres erscheint der »Wohnmarktreport Berlin« des internationalen Immobiliendienstleisters »CBRE«. Dort werden in einem »Wohnkostenatlas« die in den ersten drei Quartalen des vergangenen Jahres z.B. in Zeitungsinseraten oder im Internet öffentlich gewordenen Mietangebote aufgeschlüsselt und bezogen auf die Berliner Postleitzahlgebiete ausgewertet. Insgesamt stiegen demnach die geforderten Mieten in Berlin im vergangenen Jahr durchschnittlich um 4,1 % auf 8,55 Euro nettokalt pro Quadratmeter, im Bezirk Mitte jedoch um durchschnittlich 8,9 % auf 10 Euro/qm. Zum Stillstand gekommen ist dabei jedoch die Mietsteigerung in den teuersten Bereichen des Altbezirks Mitte. In der Gegend um den Hackeschen Markt zum Beispiel sank der Mittelwert sogar leicht auf 12,50 Euro/qm. In den sogenannten«Randlagen« des Bezirks stiegen sie dafür umso rasanter.

Mietangebote mehr als 50% teurer als 2009

Das gilt auch für die Nördliche Luisenstadt (Heinrich-Heine-Straße/Köpenicker Straße, PLZ 10179). Hier stiegen die geforderten Angebotsmieten um 8,4 % auf inzwischen 10,84 Euro/qm. Vergleicht man die Angebote von 2014 mit denen von 2009 (durchschnittlich 7,14 Euro/qm), dann ergibt sich sogar eine erschreckende Steigerung von 52 % innerhalb von nur fünf Jahren.
Das ist in Moabit und im Wedding ähnlich: Im und um das »Aktive Zentrum Turmstraße« werden inzwischen durchschnittlich zwischen 8,15 (Beusselkiez, PLZ 10553) und 9,73 Euro/qm nettokalt (Hauptbahnhof, PLZ 10557) verlangt. Hier stiegen die Angebotsmieten im Fünfjahreszeitraum um 53 bis 57 %. Eine Ausnahme bildet dabei der Stephankiez (PLZ 10559), in dem die Angebotspreise in diesem Zeitraum sogar um 82 % zulegten. Im »Wohnmarktreport 2015« wird der Bereich deshalb als »aufstrebendes Innenstadtquartier« bezeichnet.
Rund um das »Aktive Zentrum Müllerstraße« sind die verlangten Mietpreise für Neuvermietungen in den letzten fünf Jahren um 56–58 % gestiegen, inzwischen werden dort durchschnittlich zwischen 7,96 Euro/qm (Afrikanisches Viertel, Rehberge, PLZ 13351) und 8,26 Euro/qm (Brüsseler und Sprengelkiez, PLZ 13355) verlangt. Die Ausnahme bildet dort die Gegend um den Schillerpark (PLZ 13349). Hier stiegen die geforderten Neumieten im Fünfjahresraum »nur« um 45,2 % auf inzwischen 7,26 Euro. Der Wohnmarktreport verweist hier wohl zutreffend auf die Belastung durch Fluglärm.

Immobilienpreise gehen durch die Decke

Begleitet wurden die starken Mietsteigerungen durch eine sogar noch rasantere Steigerung der Immobilienpreise. So stiegen die Angebotspreise für Mehrfamilienhäuser im Bezirk Mitte allein im vergangenen Jahr um 24,3 %, in den letzten fünf Jahren zusammen sogar um 82,3 %. Hier spielt natürlich die »Flucht ins Betongold« eine Rolle, zumal die Zinsen für Immobilienkredite extrem niedrig sind. Immobilien gelten als »sichere« Anlageform, allerdings drohen bei derart rasanten Preissteigerungen natürlich auch Preisblasen, die, wenn sie wie etwa in Spanien im Jahr 2008 platzen, ganze Volkswirtschaften tief in die Krise stürzen können.
In Berlin konnte man im vergangenen Jahr zudem beobachten, dass trotz dieser rasanten Preissteigerungen die Umsätze der Immobilienmakler insgesamt zurückgingen. Es wurden nämlich wesentlich weniger Objekte verkauft als noch im Vorjahr. Vor allem bei Grundstücken gingen die Verkäufe drastisch zurück – bei mit Wohn- und Geschäftshäusern bebauten um 32 %, bei Eigentumswohnungen deutlich weniger stark um 10 %, wie die »vorläufige Marktanalyse« des Gutachterausschusses für Grundstückswerte in Berlin zeigt.
Besonders drastisch war der Rückgang aber bei unbebauten Grundstücken: Hier sank die verkaufte Gesamtfläche gar um 37 %, obwohl die tatsächlich gezahlten Preise um fast ein Drittel stiegen. Offenbar behalten viele Eigentümer ihr Grundstücke lieber noch, weil sie in Zukunft auf noch deutlich höhere Preise spekulieren.
Infolgedessen steigen die Bodenrichtwerte in Berlin extrem. Diese werden vom Gutachterausschuss festgelegt, dem sämtliche Immobilienverkäufe gemeldet werden. Aus diesen Preisen errechnen die Gutachter den hypothetischen Wert der Grundstücke ohne die darauf errichteten Gebäude und veröffentlicht in jedem Jahr eine aktualisierte Karte. Die aktueller (Stand 1.1.2015) verzeichnet zum Beispiel in der Gegend um das Aktive Zentrum Turmstraße herum eine Steigerung um ca 27,5 % gegenüber dem 1.1.2014, um die Müllerstraße herum um 35 % und in der nördlichen Luisenstadt sogar um 40 %. Das sind extreme Ausschläge, die dringend politischer Gegensteuerung bedürfen. *cs*

Quellen:
Wohnmarktreport 2015: www.berlinhyp.de/fileadmin/user_upload/2015_WMR_DE_WWW_20150114.pdf
Wohnmarktreport 2007–2014:
www.gsw.de/unternehmen/wohnmarktreport
Marktanalyse Gutachterausschuss:
www.berlin.de/gutachterausschuss/marktinformationen/marktanalyse
Bodenrichtwerte Berlin: fbinter.stadt-berlin.de/boris

KGB in der Offensive

Die kommunalen Galerien der Berliner Bezirke kämpfen um ihre Existenz – mit Erfolg

Kaum jemand weiß das: Kommunale Galerien gibt es in Berlin bereits seit 1948. Es sind Orte, die von den Bezirken betrieben und finanziert werden, um nichtkommerzielle Räume für Kunst unterschiedlichster Art zu schaffen. Sie stehen damit nicht unter dem Verwertungsdruck des Kunstmarkts und bieten Raum für Experimente, für die Förderung noch unbekannter Künstler, auch für regionale städtische und soziale Themen, für kulturelle Bildung – und vor allem für ein sehr heterogenes Publikum: Weil es keine elitären, »exklusiven« Orte sind, sondern weil sich hier viele begegnen und miteinander kommunizieren können.

Doch spätestens seit Ende der 90er Jahre standen auch die kommunalen Kultureinrichtungen unter immer größerem Druck: Grund waren zum einen die Kürzungs- und Sparhaushalte, die der Senat den Bezirken vorgab. Zum anderen verließ sich der damalige Kultursenat eher auf den » freien Markt«: Angesichts der explodierenden neuen Berliner Kunstszene mit privaten Galerien und freien Kulturprojekten insbesondere in der Innenstadt fand man Kommunalkultur wohl zu wenig spektakulär und verzichtbar. Die Bezirke wiederum, unter Kürzungsdiktat gestellt, hatten meist nur noch wenige Möglichkeiten, Ausgaben einzusparen: Und da Kultur nicht zu den kommunalen Pflichtaufgaben gehört (wie Sozialhilfe oder Wohngeld), wurden hier immer mehr Mittel gekürzt. In der Folge wurden reihenweise kommunale Einrichtungen geschlossen oder Galerien aus Mietobjekten erst umgesiedelt, um sie anschließend auch zu schließen (wie beispielsweise die »Galerie am Scheunenviertel« im Bezirk Mitte).
Übersehen wurde dabei auch noch, dass die bezirkliche Förderung freier Kulturprojekte – die gerade in den Ostbezirken nach der Wende aufblühten – völlig unter die Räder kam. Beispielhaft dafür war das »Büro für dezentrale Kulturarbeit Mitte«, das zum bezirklichen Kulturamt gehörte und sich gut vernetzt um die Förderung freier Künstler und Projekte kümmerte: mit Kontakten u.a. zum Atelierbeauftragten, mit Beratung zu Räumen, zu Stipendien und Förderprogrammen sowie dem dezentralen Kulturfonds, ein Fördertopf für die freie Kultur, der aber immer mehr eingedampft wurde.
So brachte der Senat selbst einen wesentlichen Anziehungsfaktor, auf den er doch stolz verwies – die freie Kunstszene– in Not. Von Senatsseite wurden nun lieber Modemessen und Clubs gepriesen.
Nicht nur in Mitte ist die Bilanz für die kommunale Kultur bitter: der Bezirk mit über 300.000 Menschen und zahlreichen Ortsteilen hat Großstadtdimension und verfügt nur noch über drei kommunale Galerien; in anderen Bezirken sieht es nicht besser aus. In ganz Berlin mit inzwischen fast 4 Millionen Einwohnern gibt es noch 29 kommunale Galerien – und es drohten weitere Schließungen: in Lichtenberg, Pankow, Mitte.
Deshalb gingen die 29 Galerien im letzten Jahr in die Offensive und schlossen sich zum Verbund »Kommunale Galerien Berlin« zusammen (kurz: KGB, nicht ohne ironischen Unterton). Erstmals seit ihrer Gründung 1948 organisierten sie eine gemeinsame Aktion: Eine KGB-Kunstwoche, die im September 2014 parallel zur internationalen Kunstmesse »Berlin Art Week« stattfand, zeigte die Vielfalt, die Kommunalkultur bietet – quer durch alle künstlerischen Genres.

Ch. Eckelt

Zahlen können dies schlecht ausdrücken, dennoch: Innerhalb einer Woche beteiligten sich 278 Künstlerinnen und Künstler, gab es 28 Ausstellungen, 27 Rundgänge, 42 Veranstaltungen (u.a. Workshops, Konzerte, Diskussionsveranstaltungen), mehrere Projekte im öffentlichen Raum. Vier Bustouren führten zu allen kommunalen Kunstorten – auch Tim Renner, seit April 2014 neuer Kulturstaatssekretär des Senats, war mit an Bord.
Seitdem scheint auch politisch etwas Einsicht einzukehren: So hat der Senat einen Ausstellungsfonds für kommunale Galerien eingerichtet, mit 350.000 Euro. Das sind für jeden Bezirk im Großstadtformat nicht viel mehr als 25.000 Euro pro Jahr, ein Tropfen auf den heißen Stein, aber immerhin ... Zusätzlich soll es künftig ein kleines Finanztöpfchen für gemeinsame Aktionen der Kommunalkultur zur jährlichen »Berlin Art Week« geben.
In Mitte hat auch der Galerieleiter Ralf Hartmann, einer der »Übriggebliebenen«, der seit vielen Jahren die »Galerie Nord« in der Turmstraße 75 leitet, einiges mitmachen müssen: Umzüge, ständiger Kampf um die Existenz der Galerie, Gründung des Kunstvereins Tiergarten, um nicht ausschließlich von Bezirksfinanzen abhängig zu sein, neben dem laufenden Ausstellungsbetrieb regelmäßig zahlreiche große Kunstaktionen im Gebiet für Moabiter (und viele andere Interessierte), mit Moabiter Künstlern.
Nachdem die jahrelange Basisfinanzierung durch Moabiter Quartiersmanagements plötzlich beendet wurde, sprang nun endlich der Bezirk ein. Die politische Entscheidung des Bezirksamts und der Bezirksverordnetenversammlung war einhellig: Das jährliche Moabiter Kunstfestival »Ortstermin« müsse gerettet und langfristig gesichert werden. Fürs erste konnte in diesem Jahr die Grundfinanzierung gesichert werden; überlegt wird nun, eine Sockelfinanzierung fest im Bezirksetat einzuplanen.
Für eine Neubelebung der kommunalen Kulturarbeit steht auch eine neue Besetzung im Bezirksamt Mitte: Kulturstadträtin Sabine Weißler (Bündnis 90/Grüne) und ihr neu aufgestelltes »Amt für Weiterbildung und Kultur« (Ute Müller-Tischler als Amtsleiterin und andere) sorgen für frischen Wind und fördern neue Konzepte. So wie in der »Galerie Wedding«, die jahrelang am Rathaus Wedding vor sich hindümpelte, als »interkulturelle Galerie« in schönster Lage, nur leider langweilig bespielt und weitgehend besucherfrei. Jedes Mal tat einem das Herz weh, wenn man an diesem schönen, aber untergenutzten Ort vorbeiging. – Bis das Kulturamt ein neues, international besetztes Kuratorenkonzept umsetzte, mit einem afrikanisch-dänischen Team für das Jahr 2015. Auch Ralf Hartmann, der zu einer der ersten Vernissagen kam, war begeistert: »Der Laden war voll und brummte plötzlich!« *us*

»Wer soll das bezahlen, wer hat so viel Geld?«

Debatte um die Jugendverkehrsschulen in Mitte

Sabine Smentek war schwer erkältet – dennoch stellte sie sich über zwei Stunden lang der öffentlichen Diskussion über die Zukunft des Moabiter Schulverkehrsgartens an der Bremer Straße. Als Schulstadträtin ist Sabine Smentek (SPD) auch für diesen Standort verantwortlich, der, wie berichtet, ab Herbst geschlossen werden soll: Künftig könnten auf diesem Areal bezahlbare Mietwohnungen von einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft errichtet werden. Es ist eines der wenigen landeseigenen größeren Grundstücke im Gebiet, wo der Bezirk Einfluss auf die soziale Ausrichtung der Bebauung nehmen kann.
Doch als diese Überlegung bekannt wurde, regte sich sofort Protest diverser Initiativen gegen die Schließung des schon lange eher vor sich hin siechenden Schulverkehrsgartens. Manche wollen schlicht keine Neubauten vor der eigenen Haustür, andere argumentieren, es ginge um die Sicherheit der Kinder: schließlich könnten in Jugendverkehrsschulen (JVS) die Kids im geschützten Raum und unter Anleitung Verkehrssicherheit mit dem Fahrrad trainieren. Im Allgemeinen absolvieren Dritt- und Viertklässler ein paar Tage im Jahr diese Verkehrsschulung.
Sabine Smentek allerdings hat eigene Argumente. Denn bevor überhaupt etwaige Bebauungen geplant werden, geht es zunächst um den Etat, der der bezirklichen Schulverwaltung zur Verfügung steht. Und da gibt es ein Defizit von 5 Millionen Euro, weshalb die Senatsverwaltung strikte Sparmaßnahmen forderte. Weil der Bezirk aber an den Schulen und bei der Schulsozialarbeit nicht weiter kürzen will, stellte sich nun die Frage, wie viele Jugendverkehrsschulen der Bezirk eigentlich noch unterhalten kann. Einer von ehemals dreien im Bezirk Mitte, der Standort in der Berolinastraße, ist bereits stillgelegt. Stadträtin Smentek – seit Anfang 2014 im Amt, als das Bezirksamt die Schließung des Moabiter Standorts bereits beschlossen hatte – plädiert nun wie ihre Bezirksamtskollegen für die Schließung der JVS an der Bremer Straße, um dafür den dritten Standort in der Weddinger Gottschedstraße zu stärken.
Früher wurden die Verkehrsschulen durch die Polizei betrieben, doch nach massiven Personalkürzungen bei der Polizei war der Betrieb der Einrichtungen 2011 an die Bezirke übertragen worden. Die Stadträtin machte auf der Veranstaltung nochmals sehr deutlich, dass sie schlicht kein Personal hat und auch keine neuen Stellen bekommen wird, um zwei JVS verantwortungsbewusst unter notwendiger Betreuung betreiben zu können. Der Weddinger Standort Gottschedstraße wird von einem freien Träger betrieben, der allerdings auch Ein-Euro-Jobber beschäftigen muss.
Die Stadträtin stellte sich offen und mit klarer Haltung der Debatte. Nach den Bürgerprotesten seit Herbst letzten Jahres hatte sie sich zu diversen Terminen vor Ort mit diskussionsfreudigen Bürgern getroffen und legte auch wie versprochen ein künftiges »Mobilitätserziehungskonzept« für den Bezirk vor, untersetzt u.a. mit JVS-Auslastungszahlen, Auswertungen der Angaben aller Schulen, Kostenangaben. Durchaus könne man ein Verkehrsschulungsangebot an einem Standort im Bezirk konzentrieren, ohnehin würden viele Schulen das Angebot gar nicht mehr wahrnehmen, sondern Verkehrsschulungen auf den Schulhöfen durchführen. Das vermochte die weitgehend emotional geprägte Stimmung der JVS-Verteidiger aber nicht wesentlich zu mildern. Und nostalgische Erinnerungen an Verkehrserziehung vor über 50 Jahren waren da auch wenig hilfreich.
Der Vorschlag, doch lieber den Standort im Wedding zu schließen, spricht wohl eine sehr eigene Sprache, um nicht zu sagen: Burgmentalität.
Smenteks Vorschlag an die Bürger: Sie wird Anregungen der Veranstaltungsteilnehmer aufnehmen und das »Mobilitätserziehungskonzept« weiter überarbeiten. Allerdings machte sie den Besuchern auch keine Illusionen: 60.000 Euro, die der Betrieb einer JVS jährlich kosten würde, kann sie nicht aus der Tasche zaubern. Sie setzt die Prioritäten bei Schulstationen, Sozialarbeit und notwendigem Kinderschutz durch die Jugendämter.
Und ein weiterer Vorschlag Smenteks: So engagierte Bürger könnten doch auch darüber nachdenken, einen Förderverein zu gründen, wenn sie den Standort Bremer Straße erhalten wollen.
Auf diese Idee waren die engagierten Bürger freilich bislang noch nicht gekommen. *us*

Ch. Eckelt

Schultheiss-Urteilsbegründung

Dass das Verwaltungsgericht den Schultheiss-Bebauungsplan für unzulässig erklärt hat, ist seit Wochen bekannt. Aber mit Hochspannung wurde auf die Urteilsbegründung gewartet, denn die könnte weitere Konsequenzen haben.
Die Urteilsbegründung ist eine klare Ansage an Senatsverwaltung, Bezirksamt und Bezirksverordnetenversammlung, denen – grob gesagt – bescheinigt wird, ihre Hausaufgaben nicht sorgfältig genug erledigt zu haben. Dabei geht es vor allem um die zulässige Größenordnung der Gewerbenutzfläche im Gebiet. Hier hat der Bezirk dem neuen Schultheiss-Investor HGHI laut B-Plan 20.000 qm Nutzfläche eingeräumt, obwohl Konzepte der Senatsverwaltung wie der Stadtentwicklungsplan STEP 3 für das gesamte Gebiet insgesamt nur eine Gewerbenutzung in dieser Größenordnung vorsahen. Damit wurde der HGHI quasi ein Monopol eingeräumt und sahen sich Investoren wie der »Moa-Bogen« oder die MIB mit der geplanten Erweiterung des ehemaligen Hertie-Areals benachteiligt. Das Gericht gab den Klägern Recht.
Doch noch am Tag des Gerichtsurteils, am 18.12.2014, war dem Schultheiss-Investor die Baugenehmigung erteilt worden – diese ist weiterhin rechtskräftig, unabhängig von dem veralteten Bebauungsplan und dem Urteil.
Aufgrund dieser Baugenehmigung müssen jetzt alle Gewerbemieter das Gelände räumen. Mehr dazu in der nächsten Ausgabe. *us*

Ch. Eckelt

Mehrheit für Tram auf der Turmstraße

Senatsverkehrsplaner stellten zwei Vorschläge zur künftigen Trassenführung auf einer Bürgerversammlung zur Diskussion

Dass die Straßenbahn nach Moabit kommen soll, gilt inzwischen als sicher. Und inzwischen gibt es sogar zwei konkretisierte Vorschläge der zuständigen Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, die im März den Moabitern vorgestellt wurden. Das ist schon ein gewaltiger Fortschritt angesichts der Tatsache, dass – nachdem die Straßenbahn in Moabit 1967 im Zuge der »autogerechten Stadt« eingestellt worden war – immerhin seit 1993 über eine neue Moabiter Straßenbahntrasse debattiert wurde. Dann landete das Projekt wieder in der Versenkung. Doch als nach 20 Jahren niemand mehr ernsthaft damit rechnete und im AZ- und Sanierungsgebiet Turmstraße längst Straßenumbaumaßnahmen geplant waren, setzte die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung plötzlich die Verlängerung der Straßenbahn vom Hauptbahnhof zum U-Bahnhof Turmstraße wieder ganz nach oben auf die Prioritätenliste.

Vor ca. ein, zwei Jahren mussten deshalb sämtliche geplanten Verkehrsumbaumaßnahmen rund um die Turmstraße und Alt-Moabit auf Eis gelegt werden, weil die Senatsverwaltung insgesamt 12 (!) Varianten der Trassenführung prüfte, darunter sehr abenteuerliche mit einer Wendeschleife rund um die Markthalle.

Nun ist man einen Schritt weiter: Auf einer öffentlichen Versammlung im März stellten die Planer der Senatsverwaltung den Bürgern zwei Varianten der Trassenführung zur Diskussion, die zur Entscheidung stehen. Letztlich gab es nur zwei mögliche Haupttrassen: über die Straße Alt-Moabit oder über die Turmstraße.

Variante 1 »Turmstraße« führt vom Hauptbahnhof über die Invalidenstraße, wo sie vor der JVA nach rechts in die Rathenower und dann wieder nach links die Turmstraße einbiegt, bis zum U-Bahnhof Turmstraße. Die Streckenlänge beträgt 2,2 km und würde zwischen Hauptbahnhof und U-Bahnhof Turmstraße fünf neue Haltestellen umfassen, die Kosten lägen bei ca. 19,6 Millionen Euro. Drei Viertel der Bahnstrecke bekämen eine eigene Trasse.

Variante 2 (Alt-Moabit) würde vom Hauptbahnhof über die Invalidenstraße direkt in die Straße Alt-Moabit fahren – diese Strecke wäre weniger »kurvenreich« und damit (zumindest theoretisch) etwas schneller, nämlich ein bis zwei Minuten. Doch könnten nur 57 % abgetrennt vom Autoverkehr verlaufen. Drei Haltestellen wären möglich. Diese Variante wäre etwas billiger, ca. 18,5 Millionen Euro.

Während die Verkehrsplaner des Senats in ihrer Abwägung zunächst der Variante Alt-Moabit einen leichten Punktvorsprung gaben, vor allem aus Gründen der Wirtschaftlichkeit, favorisierte eine deutliche Mehrheit der auf der Versammlung anwesenden Bürger klar die Trasse über die Turmstraße – ebenso wie die Bezirksverordnetenversammlung, die nach der Veranstaltung nahezu unisono beschloss, das Bezirksamt solle sich für die Variante Turmstraße einsetzen.

Die Argumente für diese Variante sind einleuchtend und nachvollziehbar: Auf der Turmstraße hätte die Tram ein eigenes Gleisbett, dort ist der Autoverkehr auch geringer. Auf der Straße Alt-Moabit hingegen ist der Autoverkehr massiv und würde sich mit der Straßenbahn gegenseitig behindern, Staus und Zeitverzögerungen wären zu erwarten.

Ein weiterer Faktor ist die geplante Verlängerung der Tram über den U-Bahnhof Turmstraße hinaus Richtung Westen über die Beusselstraße. Mit der Alt-Moabit-Variante müsste die Straßenbahn dann einen Schlenker durch die sehr kurze Thusnelda-Allee auf die Turmstraße machen, was etliche Anwohner ablehnen. In der Variante Turmstraße könnte die Trasse einfach weiter geradeaus verlaufen.

Hinzu kommt, dass die Erschließung vor allem für die Turmstraße wichtig ist: für das nördliche Wohngebiet, den Geschäftsstandort Turmstraße, das Gericht, das Gesundheitszentrum GSZM. Auch der neue Gewerbestandort im ehemaligen Hertie-Kaufhaus und das geplante Gewerbevorhaben auf dem Schultheiss-Areal sprechen dafür, die Turmstraße besser an den öffentlichen Nahverkehr anzubinden und hier eine Tram-Ost-West-Verbindung von Friedrichshain über Prenzlauer Berg, Alt-Mitte bis nach Moabit und später darüber hinaus zu führen.

Die Senatsplaner jedenfalls zeigten sich jedenfalls beeindruckt von der kompetenten Diskussion und versprachen, die Vorschläge der Bürger als Anregung mitzunehmen und zu prüfen, inwieweit sie in die Planungen einfließen könnten.

Doch eine endgültige Entscheidung für eine der Varianten ist noch nicht getroffen. Und bis zur Realisierung ist es noch ein langer Weg. An ein paar hundert Metern Ost-West-Tram-Verlängerung zwischen Nordbahnhof und Hauptbahnhof hat die Stadt inzwischen im Schneckentempo fünf Jahre gebaut – und ist immer noch nicht fertig. Hinzu kamen noch langwierige Planfeststellungsverfahren im Vorfeld.

Die Moabiter können also erst mal gelassen sein – mit einem Baubeginn ist so schnell nicht zu rechnen. Dann aber müssen sie sich wohl auf eine langwierige Dauerbaustelle einrichten. *us*

Die Planungs-Präsentation der Senatsverwaltung und die Dokumentation zur Veranstaltung sind auf der Website des »Aktiven Zentrums Turmstraße« unter www.turmstrasse.de abrufbar.

Neues Pissoir für den Kleinen Tiergarten

Jahrelang wurde darum gerungen – nun kommt es endlich: ein Pissoir für den Kleinen Tiergarten. Es soll verhindern, dass Szenegrüppchen und andere ihr Wasser einfach in den Büschen und an den Bäumen des Parks abschlagen. Nach längeren Verhandlungen erklärte sich die Firma Ströer bereit, das Pissoir zu finanzieren und auch – noch wichtiger und aufwändiger – die Betriebskosten. Zudem übernahm die Firma auch die Kosten für das Wasserspiel, das nach historischem Vorbild im Gartendenkmal Kleiner Tiergarten wieder angelegt wird. Die Vereinbarung mit Ströer erfolgte im Rahmen eines bestehenden Vertrags zwischen der Firma und dem Bezirksamt, im Gegenzug darf die Firma Werbeflächen des Bezirks vermarkten. Das Wasserspiel wird am 9. Mai feierlich eingeweiht, das Pissoir bereits im April in Betrieb genommen.

Kultur-Ecke

»Moabiter Ortstermin« 2015 gerettet

In diesem Jahr ist »Gentrifizierung« Thema des Moabiter Kunstfestivals

Noch vor ein paar Monaten sah es so aus, als würde das beliebte Kunst-Wochenende »Ortstermin«, das der Kunstverein Tiergarten e.V. seit 10 Jahren organisiert, in diesem Jahr nicht stattfinden können. Grund war natürlich – wenig überraschend – die Finanzierung. Bislang hatten insbesondere die Moabiter QM-Gebiete über ihre Quartiersfonds zur Grundfinanzierung des Kunstwochenendes beigetragen, doch diesmal stand das Projekt am Ende der Prioritätenliste bei der Mittelvergabe.

»Kultur und soziale Projekte werden in den Fördermechanismen und politischen Gremien immer wieder gern gegeneinander ausgespielt.« Ralf Hartmann, Leiter der »Galerie Nord« auf der Turmstraße und Initiator des »Ortstermins«, sagt das inzwischen gelassen, er kennt das seit vielen Jahren. Und Claudia Beelitz, Vorsitzende des Kunstvereins Tiergarten, die seit vielen Jahren mit Ralf Hartmann und Christian Hamm zusammen die Moabiter Kulturarbeit stemmt, ergänzt: »Dabei haben wir jedesmal versucht zu erklären, dass Kultur immer auch soziale Funktion hat.«

Doch den Kunstverein Tiergarten und die Galerie Nord gäbe es schon längst nicht mehr, wenn beide nicht seit vielen Jahren das engagierte Kämpfen gewohnt wären. Sie wandten sich nun an das Bezirksamt und die Bezirksverordnetenversammlung. Der BVV-Kulturausschuss beschloss dann Ende 2014 einstimmig, dass der »Ortstermin« als wichtiger Moabiter Kulturhöhepunkt erhalten bleiben müsse. Auch der Hauptausschuss und die BVV unterstützten dieses Anliegen. Nun kann der »Fachbereich Weiterbildung und Kultur« des Bezirksamts ca. 15.000 Euro als Grundfinanzierung zunächst für dieses Jahr zur Verfügung stellen. (siehe auch S. 8). Das »Aktive Zentrum« gab zusätzlich einen Zuschuss zur Öffentlichkeitsarbeit. Hartmann freut sich darüber, dass die langjährige Kulturarbeit, die Verein und Galerie leisten, jetzt auch Anerkennung in den politischen Bezirksgremien findet: »Das hat gut getan.«

Der Erfolg dieser Arbeit ist unübersehbar:

Ch. Eckelt

Der »Ortstermin« (früher hieß das jährliche Kulturwochenende »Moabiter Inselglück«) verzeichnet von Jahr zu Jahr mehr Moabiter Künstler, die sich beteiligen (2014 waren es 284), immer mehr Besucher (im Jahr 2014 mehr als 20.000), und mehr Programm – dazu gehören auch die Führungen kulturinteressierter Moabiter, die viele Besucher auf Rundgängen zu Kunstorten führen, im letzten Jahr waren es 11 Rundgänge. So entsteht ein immer größeres soziokulturelles Moabiter Netzwerk.

Das Konzept ist, die kulturelle Vielfalt Moabits zu zeigen. Denn hier leben und arbeiten viele Künstler – doch meist im Verborgenen, da es an Galerieräumen mangelt. Aber an drei Tagen im Jahr – eben zum »Ortstermin«-Wochenende – öffnen sie ihre Wohnungen und kleinen Ateliers, stellen Geschäftsleute und Gewerbetreibende ihre Läden zur Verfügung, um dort die Arbeiten Moabiter Künstler zu zeigen, und seit zwei Jahren wird auch der öffentliche Raum genutzt: 2013 hieß das Motto »Kunst geht nach draußen« – nämlich auch auf die Straßen und in Parks. Ein doppelbödiger Titel, der zugleich auch auf die Bedrängnis von Künstlern hinwies, die kaum noch bezahlbare Wohnungen und Ateliers finden. 2014 war das Motto »Revolution«, 2015 heißt es »Gentrifizierung«. Das Thema trifft den Nerv des Kiezes, der schwer unter dem Aufwertungsdruck leidet – ebenso wie die meisten Künstler, die oft genug mit einem Existenzminimum klarkommen müssen und auch von Verdrängung bedroht sind.

Was engagierte Kulturschaffende der Galerie und des Vereins hier mit äußerst schmalen Etats möglich machen, hat Effekte, deren immaterieller Wert nicht in Euro aufgewogen werden kann. Die Initiatoren des »Ortstermins« bieten vielfältigsten Kunst- und Kulturformen ein offenes und freies Forum, unterstützen mit ihrer breiten Öffentlichkeitsarbeit die Moabiter Kunstszene. Sie bringen kulturinteressierte Bürger und Kulturschaffende zusammen, überwinden damit Hemmschwellen zwischen »Laien« und Künstlern. Sie thematisieren aktuelle gesellschaftliche Fragen und machen deutlich, dass gerade Kultur eine enorme soziale Bedeutung hat, indem sie Menschen unterschiedlichster Herkunft zur Kommunikation anregen, bei der es nicht um Konsum geht, sondern um grundsätzliche Fragen, die auch viele Bürger immer mehr bewegen. Sie fördern ein breites Kultur-Netzwerk und das Gemeinschaftsgefühl von Künstlern, die oft genug als Einzelkämpfer auf sich allein gestellt wären. Sie beraten mit ihrer Erfahrung auch viele junge Künstler, die zum Kunstverein und zur Galerie kommen.

Nun aber muss es mit dem »Ortstermin 2015« zügig gehen: Nach der späten Finanzierungszusage ist die Terminplanung knapp, doch hartes Arbeiten sind sie ja gewohnt. Ralf Hartmann zieht letztmals an seiner (wievielten?) Zigarette. Und Claudia Beelitz ist schon längst wieder hinausgeschossen, um die Künstler für die neue Ausstellung zu betreuen. *us*

Ortstermin 2015: Fr, 3. Juli, bis So. 5. Juli. Anmeldeschluss für alle Teilnehmer: 15. April, unter: www.kunstverein-tiergarten.de, Telefon 901 83 34 53

Aktuelle Ausstellung in der Galerie Nord: »Die Zimmer der Nomaden«, bis 18. April, Di–Sa 13–19 Uhr

Adressen

Abgrenzung Wahlbereich
Fördergebiet Aktives Stadtzentrum
Sanierungsgebiet Turmstraße

Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Ordnung: Carsten Spallek
Müllerstraße 146/147, 13353 Berlin
(030) 90 18-446 00
baustadtrat@ba-mitte.berlin.de

Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Amtsleiterin: Frau Laduch, Zimmer 106
(030) 90 18-458 46
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de

Sanierungsverwaltungsstelle
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Sprechzeiten: dienstags, 9.00–12.00 Uhr,
donnerstags, 15.00–18.00 Uhr
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de
Gruppenleiter: Stephan Lange
(030) 90 18-436 32
Aktives Zentrum und Sanierungsgebiet Turmstraße
Zimmer 180 / 181
Annett Postler (030) 90 18-454 36
annett.postler@ba-mitte.berlin.de
Evelyn Möbus (030) 90 18-458 59
evelyn.moebus@ba-mitte.berlin.de
Dirk Kaden (030) 90 18-458 22
dirk.kaden@ba-mitte.berlin.de

Stadtteilvertretung
Die Stadtteilvertretung trifft sich derzeit an jedem 4. Montag im Monat im Rathaus Tiergarten (BVV-Saal)
stv@stv-turmstrasse.de
www.stv-turmstrasse.de

Prozesssteuerung
Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement – KoSP GmbH
Schwedter Straße 34 A, 10435 Berlin
Gisbert Preuß (030) 33 00 28 32
preuss@kosp-berlin.de
Andreas Wilke (030) 33 00 28 36
wilke@kosp-berlin.de
René Uckert (030) 33 00 28 33
uckert@kosp-berlin.de
www.kosp-berlin.de
www.turmstrasse.de

Geschäftsstraßenmanagement
die raumplaner
Alt-Moabit 62, 10555 Berlin
Sabine Slapa, Jan Schultheiß, Georg Thieme
(030) 37 59 27 21
gsm@die-raumplaner.de
www.die-raumplaner.de

Quartiersmanagement Moabit-West
(Beusselstraße) Rostocker Straße 3, 10553 Berlin (030) 39 90 71 95
qm-moabit@stern-berlin.de
www.moabit-west.de

Quartiersmanagement Moabit-Ost
Wilsnacker Straße 34, 10559 Berlin
(030) 93 49 22 25
team@moabit-ost.de
www.moabit-ost.de

Aktuelle Informationen zum Gebiet finden Sie auch auf www.turmstrasse.de und zur Entwicklung von Moabit auf www.moabitonline.de

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
STÄDTEBAU-FÖRDERUNG von Bund, Ländern und Gemeinden
aktive zentren Berlin
BEZIRKSAMT MITTE VON BERLIN
berlinbaut lebendige Quartiere
be Berlin